# Wie umgehen mit konservativen Muslimen an Deutschlands Schulen?

24. November 2020



Wenn der Lehrerin der Handschlag verweigert wird

In Frankreich wird Mitte Oktober der Lehrer Samuel Paty von einem Islamisten ermordet. Droht solch eine Tat auch in Deutschland? Experten warnen vor Alarmismus – aber raten zu mehr Wachsamkeit.

Von Joachim Heinz (KNA)

Bonn (KNA) Die „Halal-Polizei“ tritt gern auf den Plan, wenn in der Klasse Geburtstag gefeiert wird. Dann, so weiß die Grundschullehrerin aus Nordrhein-Westfalen, schauen muslimische Schüler schon mal genau hin, was die Klassenkameraden zur Feier des Tages mitgebracht haben – und was davon nach islamischen Speisevorschriften „halal“, also erlaubt ist. Wer dagegen verstößt, wird an den Pranger gestellt.

Eine andere Episode handelt von einem Jungen, der einen Mitschüler tadelte, weil der ein T-Shirt mit US-Flagge trug: „Das ist unser Feind. Das sind die Juden!“ Der Vorfall ereignete sich

vor ein paar Jahren. Damals, so sagt die Lehrerin, sei das eher noch ein Einzelfall gewesen. „Inzwischen wundert mich kaum noch etwas."

Mitte Oktober wurde in Frankreich der Lehrer Samuel Paty von einem Islamisten enthauptet, weil er in einer Unterrichtseinheit zum Thema Meinungsfreiheit die umstrittenen Mohammed-Karikaturen des Satiremagazins „Charlie Hebdo" besprochen hatte. Eine europaweite Gedenkminute für Paty Anfang des Monats sorgte Medienberichten zufolge hierzulande für Unmut unter einigen muslimischen Schülern. Der Lehrer habe bekommen, was er verdient habe. „Der gehörte hingerichtet. Er hat den Propheten beleidigt."

Etwa zeitgleich geriet die Christian-Morgenstern-Grundschule in Berlin-Spandau in die Schlagzeilen. Dort bedrohte ein Schüler eine Lehrerin, als diese seine offenbar unwilligen Eltern unter Verweis auf Sanktionen zum üblichen Jahresgespräch zitieren wollte. Sollte das passieren, so der Elfjährige, „mache ich mit dir das Gleiche wie der Junge mit dem Lehrer in Paris". Allein in Berlin berichteten daraufhin fünf Lehrer an anderen Schulen von ähnlichen Erlebnissen.

Drohen in Deutschland ähnliche Verhältnisse wie in Frankreich? Nein, schreibt Joachim Wagner in der „Welt am Sonntag". Aber: „Der politische Islam hat sich in einem Teil unserer Schullandschaft längst zu einem pädagogischen Problem entwickelt." Für sein im vergangenen Jahr erschienenes Buch „Die Macht der Moschee" besuchte Wagner 21 Schulen und sprach mit 70 Lehrern. Ein Ergebnis seiner Recherchen: „Ein Netzwerk aus Eltern, Koranschulen, Moscheegemeinden, Imamen und muslimischen Verbänden versucht, so viel wie möglich an islamischer Religion, Kultur und Tradition im deutschen Schulleben zu verankern."

Väter, die der Lehrerin den Handschlag verweigern oder ihre Töchter vom Schwimmunterricht abmelden, Sportfeste und Klassenfahrten, die aufgrund des muslimischen Fastenmonats Ramadan verschoben werden, Mobbing gegen nichtmuslimische Schüler auf den Pausenhöfen. Von alledem wissen viele Lehrer zwischen Kiel und Passau zu berichten, aber tun das meist nur hinter vorgehaltener Hand. Der Deutsche Lehrerverband spricht von einem Tabuthema, auch weil sich viele Pädagogen der Rückendeckung durch Schulleitung und Politik oft nicht sicher seien.

Schulleiter sorgen sich um den Ruf ihrer Schule. Und die Kultusministerien agieren nach dem Motto „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß", sagt der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung VBE, Udo Beckmann. Die Kultusministerkonferenz erklärt: „Zu Fragen des Umgangs mit islamistischen Positionen und damit in Verbindung stehenden Gewaltandrohungen und -taten in Schulen gibt es in den Bildungsministerien aller Länder Zuständige, die hier auch eng mit Polizei und Justiz zusammenarbeiten."

In der Praxis müssen aber offenbar viele Lehrkräfte Tag für Tag neu für sich aushandeln, ob die Grenzen religiöser Toleranz überschritten werden und was daraus für Konsequenzen folgen. Ist das Beharren auf Halal-Speisen nicht vergleichbar mit den Essensvorgaben für Kinder aus vegan lebenden Familien? Gehört das Kopftuch für die neunjährige

Grundschülerin zur kulturellen Identität oder trägt sie es aus Zwang? Ist Letzteres der Fall: Lässt sich dagegen irgendetwas unternehmen?

„Die Beratungsstrukturen für Schulen müssen dringend ausgebaut werden“, fordert das Vorstandsmitglied der Bildungsgewerkschaft GEW, Ilka Hoffmann. Praktische Handreichungen sind offenkundig Mangelware, auch wenn einige Bundesländer so etwas vorhalten. Hoffmann verweist bezeichnenderweise auf einen vor einem Jahr publizierten Aufsatz der Bundeszentrale für politische Bildung „Umgehen mit Kindern aus salafistisch geprägten Familien“.

Lehrerverbandschef Heinz-Peter Meidinger spricht sich für die Einrichtung von Ombudstellen aus, „an die sich betroffene Lehrkräfte auch jenseits des Dienstwegs jederzeit vertraulich wenden können“. Zugleich, beklagt Meidinger, fehle es an validen Daten, um das Ausmaß des Problems zu erfassen. Er fordert deswegen eine „bundesweite anonymisierte Umfrage bei allen Lehrkräften“.

Was tun, um radikalen Ansicht unter Schülern vorzubeugen? Experten empfehlen, den islamischen Religionsunterricht an den Schulen weiter auszubauen. Immer noch besuchen laut Buchautor Wagner etwa 20 bis 60 Prozent der muslimischen Jugendlichen auf Wunsch ihrer Eltern Koranschulen, an denen oft sehr konservative Strömungen des Islam dominieren.

Schließlich, so GEW-Schulexpertin Hoffmann, brauche es aber auch „bessere, strukturell verankerte und nachhaltige Konzepte für die Integration jüngerer Muslime“. Islamismus sei vor allem für junge Menschen attraktiv, „die wenig Perspektiven in der Mehrheitsgesellschaft sehen“.

© KNA

Beitragsbild: Wokandapix via Pixabay

Stand: 16. November 2026